Chemie auf unserer Seite

Autor(en): **Meyn, Stephan / Stange, Rainer**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **2 (1980)**

Heft 7

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-653556

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Stephan Meyn / Rainer Stange

Chemie auf unserer Seite

„Chemie lädt ein", war das Motto einer public relations Kampagne*, die mit Betriebsbesichtigungen und einer Vortragsveranstaltung kürzlich in Berlin stattfand. Gleichzeitig leiert der Bundesverband der Chemischen Industrie eine Werbekampagne in überregionalen Zeitungen an. Droht ein „Bürgerdialog Chemie"? Die bisherigen Aktivitäten scheinen für eine umfassende Einschätzung noch nicht genügend, eins steht jetzt aber schon fest: das Erfolgsbuch *Seveso ist überall*, die geschärfte Wahrnehmung für Umweltschäden durch Chemikalien, schließlich die leider nur oberflächliche Diskussion um das sog. Umweltchemikaliengesetz haben in den letzten zwei Jahren offensichtlich einen Legitimationsdruck auf die Chemische Industrie erzeugt. Diesem versucht sie mit einem etwas bieder gestrickten Konzept beizukommen, daß auf fatale Weise z.B. an die Anzeigenkampagne der Elektrizitätsversorger erinnert („Auch Hessen braucht Kraftwerke").

In Berlin standen als „Kontrahenten" Eberhard Weise, Leiter des Werks Leverkusen der Bayer AG und Heinrich von Lersner, Präsident des Umweltbundesamtes auf dem Podium. Weise, der offensichtlich des öfteren derartige Gelegenheiten nutzt, versuchte, mit einem Diavortrag das Publikum vom unverzichtbaren Nutzen der Chemie zu überzeugen. Unter anderem müssen wir eine erhebliche Erhöhung der Lebenserwartung in diesem Jahrhundert weitgehend auf das Konto der Chemischen Industrie abbuchen, die ganze weitere Palette neben den Pharmaka, also Farbstoffe, Kunstfasern, Polymere etc. war auch im Bild vertreten. Ihre Produktion und Verteilung unter die zahlende Bevölkerung führt neben den Nutzeffekt auch Risiken mit sich, dies wurde offen zugestanden. Weise versuchte jedoch nach klassisch marktwirtschaftlichem Muster eine Situation aufzubauen, in der der Anwender eines chemischen Erzeugnisses letztendlich die Nutzen-Risiko-Abschätzung durchführen kann. Im übrigen sei man bezüglich der Emission in der Produktion stets an der Grenze des technisch Machbaren, während ein klares Urteil über die ökologischen Folgen der „Umweltchemikalien" außerordentlich kompliziert sei. Eine völlig risikolose Gesellschaft sei aber auch eine nutzlose.

Etwas anders stellt sich das Problem der Umweltbelastung durch chemische Produktion in der Spitze des Umwelbundesamtes dar, dessen Chef von Lersner *„als Jurist allerdings von Chemie nur soviel versteht, wie er 30 Jahre nach seiner Schulzeit noch in Erinnerung hat"*. Dennoch hat er soviel von Umweltkonflikten verstanden, daß er bei allem Respekt nicht alle Argumente des Industrievertreters hinnimmt. Für den Juristen ist die Industrie nur **eine** gesellschaftliche Interessengruppe, andere sind Bürger oder Wissenschaftler. Diese sind allesamt, wie auch die

„grünen Schwärmer"

Bürger oder Wissenschaftler. Diese sind allesamt, wie auch die *„grünen Schwärmer"*, zur Meinungsäußerung berechtigt, zur **politischen** Entscheidung letztendlich jedoch inkompetent. Hier tritt nun eine Institution des Staates, also z.B. das Umweltbundesamt, in Aktion.

Wissenschaft hat in diesem Prozess ihre wohldefinierte Position. *„Die dem Staat obliegende Abwässerungspflicht zwischen ... Vorteil ... und potentiellem Risiko ... ist wie jede derartige Interessenabwägung eine politische Entscheidung. Bei der Risikoabschätzung müssen sich die zuständigen staatlichen Organe zwar von sachkundigen wissenschaftlichen Experten beraten lassen. Die Abwägung und damit die Entscheidung selbst kann aber schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in Expertengremien verlagert werden."* Während von Lersner den Wissenschaftlern generell zugesteht, daß sie zu politischem Denken und Handeln befähigt seien wie jeder andere, sei diese Eigenschaft jedoch nicht erwünscht, ja nicht einmal juristische zulässig, wenn sie unseren Staat beraten. Es hieße, den Sachverständigen zum Richter machen! Leider konnte auch er sich einiger Plattheiten nicht enthalten, wie z.B. der, daß *„die Juden und Freimaurer von gestern Radioaktivität und PCB's von heute seien"* (PCB's = polychlorierte Biphenyle).

Auf die beiden Referate folgte schließlich eine recht fade Diskusiion, die im wesentlichen auf verschiedenen **technischen** Standpunkten zu Umweltschutzfragen und Chemie stehenblieb. Einzig ein Disputant konnte dem Bayer-Mann entgegenhalten, daß die Produktion des inzwischen international geschmähten PCB in seinen Werken zunähme, daß also ein Großkonzern auf diese Weise bescheidene Ansätze zur Verringerung der Belastung mit Chemikalien zu seinem Vorteil ausnützen könne.

Offensichtlich können Diskussionen über ökologische Gefahren durch chemische Produkte bei weitem nicht das Engagement produzieren, das der Kernenergiekonflikt immer wieder hervorgebracht hat.

Die Gründe hierfür sind eigentlich noch nicht so recht bekannt. Zweiffellos kann die Kernenergiedebatte auf eine längere Tradition und damit auch ein geschärfteres Bewußtsein zurückblicken. Dennoch sind die kleinen und großen Skandale, mit denen der Umgang mit Chemie auf allen Ebenen täglich verbunden ist, in ihrer Summation den drohenden und schon existierenden Gefahren der Kernenergie durchaus vergleichbar. Fehlt ihnen vielleicht noch eine Komponente wie ‚Chemie-Staat'?

*Weitere Informationen zur Kampagne der Chemie-Industrie siehe ‚umweltmagazin' Oktober 80, S.24 *Millionenkampagne zur Imagepolitur.*